Vereinbarung

zwischen

dem Zweckverband Gewerbepark Breisgau,
vertreten durch den Verbandsdirektor, Herrn Markus Riesterer
(nachstehend als „Zweckverband“ bezeichnet)

und

der **Gewerbepark Breisgau GmbH,**
vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Markus Riesterer
(nachstehend als „GmbH“ bezeichnet)

und

dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald als untere Aufnahmebehörde,
vertreten durch Herrn Landrat Dr. Christian Ante
(nachstehend als „Landkreis“ bezeichnet)

und

dem Land Baden-Württemberg,
vertreten durch das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg,
vertreten durch Frau Ministerin Marion Gentges MdL
(nachstehend als „Land“ bezeichnet)

**über die Nutzung der Grundstücke im Gewerbepark Breisgau mit den FlSt. Nrn.
6273, 6273/2 sowie 6273/3 für die Erstaufnahme von Geflüchteten durch das
Land.**

Zwischen Zweckverband, GmbH, Landkreis und Land wird hierzu Folgendes vereinbart:

I. Betrieb der EA

(1) Der Zweckverband, die GmbH und der Landkreis stimmen der Nutzung der Grundstücke mit den FlSt. Nrn. 6273, 6273/2 und 6273/3 im Gewerbepark Breisgau durch das Land als Erstaufnahmeeinrichtung (EA) nach Maßgabe dieser Vereinbarung zu.

(2) In der EA ist im Regelbetrieb eine Unterbringung von bis zu 950 Personen vorgesehen. In Notsituationen, insbesondere bei sehr hohen Zugängen von Geflüchteten nach Baden-Württemberg, werden sich Landkreis, Zweckverband, GmbH und Land über eine höhere Belegung austauschen.

(3) Das Land wird die EA im Rahmen des Zugangs - entsprechend der jeweiligen Zusammensetzung der in Baden-Württemberg ankommenden Schutzsuchenden - ausgewogen belegen. Hierbei wird eine durchschnittliche Unterbringungsdauer von drei bis fünf Monaten angestrebt.

(4) Die Kosten für den Betrieb der EA trägt das Land.

(5) Zur Sicherstellung einer reibungslosen Kommunikation zwischen Land, Landkreis, Zweckverband und GmbH werden feste Ansprechpartner festgelegt.

II. Ausstattung der aktiven EA

(1) Für die Dauer des aktiven Betriebs wird auf dem Gelände der EA zur medizinischen Grundversorgung der untergebrachten Personen eine eigene Krankenstation mit Einsatz von Pflegepersonal und regelmäßiger ärztlicher Präsenz betrieben. Bei Bedarf werden Hebammensprechstunden und bei entsprechenden Kapazitäten der Kooperationspartner des Landes eine psychologische Sprechstunde angeboten.

(2) Die Bewohner der EA haben Zugang zu qualifizierter Sozial- und Verfahrensberatung nach Maßgabe des § 6 Abs. 2 S. 2 FlüAG. Im Rahmen des aktiven EA-Betriebs stellt das Land Ehrenamtskoordination und Straßensozialarbeit (Streetwork) sicher.

(3) Das Land bietet in der EA eine professionelle und qualifizierte Kinderbetreuung in geeignetem Umfang an.

(4) Es wird ein Busshuttle von der EA zur Landeserstaufnahmeeinrichtung Freiburg eingerichtet. Die Fahrzeittaktung des Busshuttles orientiert sich an der Auslastung der Einrichtung und dem Bedarf.

III. Sicherheit

(1) Das Land trifft geeignete Maßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung einer guten Sicherheitslage innerhalb der EA sowie in deren Umfeld durch Erstellung eines Sicherheitskonzeptes und den Einsatz eines Sicherheitsdienstes rund um die Uhr an sieben Tagen der Woche innerhalb der Einrichtung.

(2) Das Land sichert zu, das hierfür erforderliche Konzept frühzeitig mit den zuständigen Stellen vor Ort abzustimmen.

(3) Das Ministerium der Justiz und für Migration wird darauf hinwirken, dass das örtliche Polizeirevier durch das Polizeipräsidium Freiburg für die Dauer des aktiven Betriebs der EA personell verstärkt wird. Im Übrigen wird eine ausreichende Polizeipräsenz im Gewerbepark Breisgau auch durch die umliegenden Dienststellen und Einrichtungen der Polizei gewährleistet.

(4) Das Land setzt in der EA und in ihrem Umfeld Streetworker ein. Diese arbeiten eng mit den Gemarkungsgemeinden zusammen und stehen als Ansprechpersonen zur Verfügung. Sie tragen zum Abbau von Spannungen bei und intervenieren bzw. arbeiten präventiv und deeskalierend.

(5) Darüber hinaus trifft das Polizeipräsidium Freiburg auf der Grundlage einer fortlaufenden örtlichen Lagebeurteilung lageorientierte Einsatzmaßnahmen zur Verhinderung bzw. Minimierung von Sicherheits- und Ordnungsstörungen im Zusammenhang mit der EA.

(6) Zur Absicherung des Geländes der EA wird der Außenbereich mit einem Zaun und einer durchgehend besetzten Pforte versehen. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wird entlang des Zauns eine Videoüberwachung installiert.

(7) Das Land entwickelt im Rahmen der Errichtung der EA ein Brandschutzkonzept. Dabei erfolgt auch eine Abstimmung mit der Feuerwehr beziehungsweise dem Kreisbrandmeister. Im Falle eines Großschadensereignisses und bei umfassender Nicht-Belegbarkeit von Unterbringungsplätzen wird die Unterbringung und Versorgung der Bewohner in anderen Einrichtungen der Erstaufnahme des Landes sichergestellt.

IV. Privilegierung

(1) Die Zuteilungen von Asylsuchenden an die untere Aufnahmebehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald sowie Zuteilungen durch die untere Aufnahmebehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald an die Gemeinden des Landkreises in die kommunale Anschlussunterbringung erfolgen auf Grundlage der Verordnung des Justizministeriums über die Durchführung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (DVO FlüAG) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(2) Die Zuteilungen von Asylsuchenden an die untere Aufnahmebehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald werden während des aktiven Betriebs der EA nach Maßgabe der DVO FlüAG in ihrer jeweils geltenden Fassung reduziert. Die Gemeinde, die Standort der Erstaufnahmeeinrichtung nach Ziffer I ist, soll gemäß § 2 Satz 2 DVO FlüAG von Zuteilungen in die kommunale Anschlussunterbringung durch die untere Aufnahmebehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald ganz oder teilweise ausgenommen werden; dies gilt gemäß § 2 Satz 2 Halbsatz 2 DVO FlüAG entsprechend für Gemeinden, die, ohne Standortkommune zu sein, unmittelbar und in besonderer Weise von der Erstaufnahmeeinrichtung nach Ziffer I betroffen sind.

(3) Die Privilegierung erfolgt ab Bestandskraft der Baugenehmigung zum Betrieb der EA.

V. Vertrauensvolle Zusammenarbeit

(1) Um den Betrieb der EA sicherzustellen, strebt das Land eine unbefristete Baugenehmigung zur Nutzung der im Wege der Erbpacht für mindestens 15 Jahre

überlassenen Grundstücksflächen an. Der Landkreis, der Zweckverband und die GmbH unterstützen das Land hierbei. Im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens wird vom Zweckverband, GmbH, Landkreis und Land ein einvernehmliches Vorgehen für eine Befreiung nach § 246 Absatz 14 BauGB bzw. § 37 BauGB vereinbart.

(2) Zweckverband, GmbH, Landkreis und Land arbeiten offen und vertrauensvoll zusammen und beteiligen sich vor wesentlichen Änderungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der EA. Zu diesem Zweck kann ein regelmäßiger Jour fixe zwischen den Parteien vereinbart werden.

(3) Um die besondere Situation der Gemeinde Eschbach als Standortkommune der EA bei der Zuteilung von Asylsuchenden in die Anschlussunterbringung angemessen berücksichtigen zu können, wird die Zuteilung von Asylsuchenden an die untere Aufnahmebehörde des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald ab Inkrafttreten der Vereinbarung in Höhe von 40 Personen pro Jahr bis Eintritt der Bestandskraft der Baugenehmigung gestundet. Die Stundungen enden spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung. Spätestens innerhalb von zwei Jahren ab dem Ende der Stundungen (Bestandskraft der Baugenehmigung oder zwei Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung) ist der Quotenerfüllungsstand Asylbewerber – Stand 31.03.2025 weist dieser ein Defizit in Höhe von 13 Personen auf – durch entsprechende Mehraufnahmen vollständig auszugleichen.

(4) Diese Vereinbarung tritt ab Unterzeichnung in Kraft. Die Vereinbarung endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit Beendigung des ihr zugrundeliegenden Erbpachtvertrages zur Nutzung der Grundstücke im Gewerbepark Breisgau mit den FlSt. Nrn. 6273, 6273/2 sowie 6273/3.

(5) Das Land behält sich vor, die auf dem Gelände zu errichtende EA in besonderen Spannungs-, Krisen- und/oder Verteidigungsfällen auch für Unterbringungszwecke im Rahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes zu nutzen.

(6) Ohne Zustimmung des Landkreises wird das Land keine weiteren Erstaufnahmestandorte im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in Betrieb nehmen.

(7) Alle Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

Freiburg, den 30.06.2025

Freiburg, den 30.06.2025

gez.....
Verbandsdirektor Markus Riesterer
für den Zweckverband Gewerbepark
Breisgau

gez.....
Landrat Dr. Christian Ante für den
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Freiburg, den 30.06.2025

Freiburg, den 30.06.2025

gez.....
Ministerin Marion Gentges MdL
für das Land Baden-Württemberg

gez.....
Geschäftsführer Markus Riesterer
für die Gewerbepark Breisgau GmbH